

Substanzielles Protokoll 89. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 16. November 2011, 17.00 Uhr bis 19.08 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Isabelle Ryf

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Michèle Halser-Furrer (EVP), Markus Hungerbühler (CVP), Bruno Sidler (SVP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2010/171](#) SK PD/Verkehr, Ersatzwahl des Präsidiums anstelle des zurückgetretenen Balthasar Glättli (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2010-2012
3. [2011/401](#) * Weisung vom 02.11.2011: FV
Finanzdepartement, Initiativ-Genossenschaft Lindenplatz
Altstetten (IGLA), Gewährung eines Darlehens für die
Investitionen in den Saalbetrieb
4. [2011/402](#) * Weisung vom 02.11.2011: VHB
Immobilien-Bewirtschaftung, Morgartenstrasse 29, 8004 Zürich,
Miete, Ausbau und Einrichtung von Räumen für die
Stadtverwaltung, Objektkredit
5. [2011/405](#) * Postulat von Maria Trottmann (GLP) und 4 Mitunterzeichnenden VHB
E vom 02.11.2011:
Einbezug der Quartierbevölkerung bei der Bepanung des Areals
Kehrichtheizkraftwerk Josefstrasse
6. [2011/408](#) * Postulat von Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP) und Christian FV
E Traber (CVP) vom 02.11.2011:
Verkauf des Grundstücks unterhalb des Restaurants «Bürgli» an
die Stiftung PWG oder an eine andere gemeinnützige Institution
7. [2011/407](#) * Postulat der SP-, Grüne-, CVP- und der AL-Fraktion sowie 4 -
** Mitunterzeichnenden vom 02.11.2011:
Realisierung eines Ersatzneubaus für den Spiel- und Aufent-
haltscontainer auf dem Areal des Kinderhauses Entlisberg

- | | | | |
|-----|-----------------------------|--|-----|
| 8. | 2000/126 | Weisung vom 09.11.2011:
Motion der Spezialkommission Hochbaudepartement/Stadtentwicklung betreffend Bau- und Zonenordnung (BZO 1999), Teil III, flankierende Massnahmen, Antrag auf Fristerstreckung | VTE |
| 9. | 2011/119 | Weisung vom 13.04.2011:
Revision von Art. 12 der Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (Personalrecht, PR), Anstellung mit öffentlich-rechtlichem Vertrag für Beschäftigte in Angeboten zur Integration in den Arbeitsmarkt | FV |
| 10. | 2011/210 | Weisung vom 15.06.2011:
Amt für Städtebau, Teilrevision Nutzungsplanung, Blumenfeld- und Mühlackerstrasse sowie Nettie-Sutro-Strasse, Zürich Affoltern | VHB |
| 11. | 2011/327 | Weisung vom 14.09.2011:
Zusatzkredite II. Serie 2011 | STR |
| 12. | 2011/410 ** | Postulat von Walter Angst (AL) vom 02.11.2011:
Zuweisung der budgetierten, nicht ausgeschöpften Gelder für Prämien an die Mitarbeitenden der Dienstabteilungen des GUD und des TED | - |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

- 1965. 2011/426**
Interpellation von Albert Leiser (FDP) und Roger Tognella (FDP) vom 11.11.2011: Gas- und Fernwärmeversorgung der Stadt Zürich, Versorgungskonzepte und Massnahmen

Roger Tognella (FDP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Die Interpellation von Albert Leiser (FDP) und mir steht im Zusammenhang mit einem Vorstoss von letzter Woche. Wir haben unsere Interpellation fristgerecht eingereicht, damit die beiden Geschäfte gleichzeitig behandelt werden können.

Der Rat wird über den Antrag am 23. November 2011 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

- 1966. 2011/408**
Postulat von Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP) und Christian Traber (CVP) vom 02.11.2011: Verkauf des Grundstücks unterhalb des Restaurants «Bürgli» an die Stiftung PWG oder an eine andere gemeinnützige Institution

Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Das Grundstück wird nächstens ausgeschrieben. Wir sollten die Frage vorher diskutieren.

Der Rat wird über den Antrag am 23. November 2011 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

1967. 2011/121

Motion von Severin Pflüger (FDP), Kurt Hüsey (SVP) und 42 Mitunterzeichnenden vom 13.04.2011:

Vorschriften über das Anbringen von Reklameanlagen im öffentlichen Grund, Ausarbeitung eines Erlasses

Severin Pflüger (FDP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Nachdem die Grüne-Fraktion die Rechtsfigur der horizontalen Luftsäule entwickelt hat, sind wir bereit, das Geschäft zu behandeln. Die Antworten auf meine schriftlichen Anfragen in diesem Zusammenhang sind eingetroffen.

Der Rat wird über den Antrag am 23. November 2011 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

1968. 2011/433

Erklärung der AL-Fraktion vom 16.11.2011:

«Occupy Bewegung», Räumung des Lindenhofs durch die Stadtpolizei

Namens der AL-Fraktion hält Niklaus Scherr (AL) eine Fraktionserklärung (Text siehe Substanzielles Protokoll 89. Sitzung des Gemeinderats).

***Niklaus Scherr (AL):** Gestern Morgen wurde der Lindenhof geräumt. Wir erachten es als Armutszeugnis, dass in unserer Stadt friedliche Versammlungen, die keinerlei Beanstandungen vonseiten der Bevölkerung hervorrufen, aufgelöst werden. Es ist bemerkenswert, dass der grüne Polizeivorstand unserer Stadt zeitgleich mit dem neoliberalen Multimillionär und Bürgermeister von New York eine Protestaktion gegen die Finanzplätze abräumt. Besonders schockierend ist die Tatsache, dass die 31 abgeräumten Leute eine mündliche Wegweisungsverfügung für 24 Stunden für die ganze Innenstadt erhalten haben mit dem erklärten Ziel, sie nicht nur an der Rückkehr auf den Lindenhof, sondern auch an einer friedlichen Protestkundgebung auf dem Paradeplatz zu hindern. Leute, die von der Freiheit auf dem Tahrir Platz geschwärmt haben, finden es jetzt offenbar normal, dass Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes die Teilnahme an einer Spontandemonstration verboten wird, für die notabene nicht einmal eine polizeiliche Bewilligung nötig ist. Es ist eine Schande und einer Demokratie unwürdig, dass in der Stadt Zürich den Leuten gesagt wird, wo sie sich aufhalten und protestieren dürfen. Als Atheist muss ich heute feststellen, dass der einzige Ort in dieser Stadt, wo ein Stück Liberalität herrscht und ein Stück Diskussionskultur bis zum 5. Januar 2012 bewilligt wurde, die Kirchenpflege von Aussersihl ist. Das Recht auf das freie Wort wird heute nur noch von der Kirche und den Freimaurern verteidigt. Dies ist ein Armutszeugnis für die öffentliche Hand.*

Persönliche Erklärung:

Dr. Martin Mächler (EVP) hält eine persönliche Erklärung zum Thema «Kirchenasyl» für die Zürcher «Occupy Bewegung».

G e s c h ä f t e

1969. 2010/171

SK PD/Verkehr, Ersatzwahl des Präsidiums anstelle des zurückgetretenen Balthasar Glättli (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2010-2012

Es wird gewählt:

Markus Knauss (Grüne)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

1970. 2011/401

**Weisung vom 02.11.2011:
Finanzdepartement, Initiativ-Genossenschaft Lindenplatz Altstetten (IGLA),
Gewährung eines Darlehens für die Investitionen in den Saalbetrieb**

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 14. November 2011

1971. 2011/402

**Weisung vom 02.11.2011:
Immobilien-Bewirtschaftung, Morgartenstrasse 29, 8004 Zürich, Miete, Ausbau
und Einrichtung von Räumen für die Stadtverwaltung, Objektkredit**

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 14. November 2011

1972. 2011/405

**Postulat von Maria Trottmann (GLP) und 4 Mitunterzeichnenden vom 02.11.2011:
Einbezug der Quartierbevölkerung bei der Beplanung des Areals Kehrichtheiz-
kraftwerk Josefstrasse**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Bruno Amacker (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1973. 2011/408

**Postulat von Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP) und Christian Traber (CVP)
vom 02.11.2011:
Verkauf des Grundstücks unterhalb des Restaurants «Bürgli» an die Stiftung PWG
oder an eine andere gemeinnützige Institution**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Bruno Amacker (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1974. 2011/407

Postulat der SP-, Grüne-, CVP- und der AL-Fraktion sowie 4 Mitunterzeichnenden vom 02.11.2011:

Realisierung eines Ersatzneubaus für den Spiel- und Aufenthaltscontainer auf dem Areal des Kinderhauses Entlisberg

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Dr. Davy Graf (SP) vom 9. November 2011 (vergleiche Protokoll-Nr. 1927/2011)

Die Dringlicherklärung wird von 76 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1975. 2000/126

Weisung vom 09.11.2011:

Motion der Spezialkommission Hochbaudepartement/Stadtentwicklung betreffend Bau- und Zonenordnung (BZO 1999), Teil III, flankierende Massnahmen, Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristverlängerung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR-Nr. 2000/126.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Ruth Genner: *Der Planungsstand in den verschiedenen Gebieten muss nachgeführt werden, um den Realisierungsgrad der geplanten Bauten zu überprüfen. Wir werden dem Gemeinderat zu gegebener Zeit einen Bericht über die heutige Situation vorlegen. Hierfür beantragen wir eine Fristverlängerung.*

Mauro Tuena (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zur Fristerstreckung: *Die Motion beruht auf Einstimmigkeit in der Kommission und widerspiegelt somit den klaren Willen des Parlaments. Es ist an der Zeit, eine inhaltliche Weisung vorzulegen. Wir beantragen dem Gemeinderat, die Weisung über eine Fristverlängerung abzulehnen.*

Weitere Wortmeldungen:

Niklaus Scherr (AL): *Diese Motion, die zehn Jahre lang nicht erfüllt wurde, verlangt endlich nach Antworten. Der Stadtrat ist gehalten, den Auftrag des Parlaments ernst zu nehmen und zu erfüllen. Ich appelliere an den Gemeinderat, die Fristverlängerung nicht zu gewähren.*

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 90 gegen 30 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 19. April 2000 überwiesenen Motion, GR Nr. 2000/126, der Spezialkommission Hochbaudepartement/Stadtentwicklung betreffend Bau- und Zonenordnung (BZO 1999), Teil III, flankierende Massnahmen, wird um sechs Monate bis zum 22. März 2012 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

1976. 2011/119

Weisung vom 13.04 2011:

Revision von Art. 12 der Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (Personalrecht, PR), Anstellung mit öffentlich-rechtlichem Vertrag für Beschäftigte in Angeboten zur Integration in den Arbeitsmarkt

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 1863 vom 26. Oktober 2011:

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Irene Bernhard (GLP),
Christina Hug (Grüne), Mario Mariani (CVP), Min Li Marti (SP), Dr. Ueli Nagel (Grüne)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Mark Richli (SP): *Die Ziffern werden durch Buchstaben ersetzt und mit einer Klammer, statt mit einem Punkt, versehen. Das Oder wird durch ein Und ersetzt, weil sich die Bestimmung auf alle Buchstaben bezieht. Wir bitten Sie einstimmig um Zustimmung zu unseren Änderungsvorschlägen.*

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem Antrag der Redaktionskommission stillschweigend zu.

Schlussabstimmung

Die SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsidentin Dorothea Frei (SP), Referentin; Salvatore Di Concilio (SP), Urs Fehr (SVP),
Dr. Davy Graf (SP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Daniel
Meier (CVP), Kathy Steiner (Grüne), Dr. Esther Straub (SP), Florian Utz (SP) i.V. von
Marlène Butz (SP), Matthias Wiesmann (GLP)

Enthaltung: Niklaus Scherr (AL)

Abwesend: Vizepräsident Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 111 gegen 5 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Der Gemeinderat ändert, gestützt auf Art. 41 lit. I der Gemeindeordnung, folgende Verordnung vom 1. Juli 2002:

Personalrecht

Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (PR)

Art. 12 Anstellung mit öffentlich-rechtlichem Vertrag

²Die Anstellung mit öffentlich-rechtlichem Vertrag ist zulässig für

- a) Lehrlinge nach der Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung und Auszubildende in Berufen des Gesundheits- und Sozialwesens;
- b) Praktikantinnen und Praktikanten;
- c) nicht vollamtliche Dozentinnen und Dozenten;
- d) Angestellte, deren Lohn durch Legate, Forschungsfonds oder ähnliche Mittel Dritter finanziert wird und
- e) Beschäftigte in Angeboten zur Integration in den Arbeitsmarkt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 23. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 22. Dezember 2011)

1977. 2011/210

Weisung vom 15.06.2011:

Amt für Städtebau, Teilrevision Nutzungsplanung, Blumenfeld- und Mühlackerstrasse sowie Nettie-Sutro-Strasse, Zürich Affoltern

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 1779 vom 28. September 2011:

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Irene Bernhard (GLP),
Christina Hug (Grüne), Mario Mariani (CVP)
Abwesend: Min Li Marti (SP), Dr. Ueli Nagel (Grüne)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Mark Richli (SP): *Die Redaktionskommission hat an der Vorlage keine Änderungen vorgenommen und beantragt Ihnen dasselbe.*

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem Antrag der Redaktionskommission stillschweigend zu.

Schlussabstimmung

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Vizepräsident
Mario Mariani (CVP), Jacqueline Badran (SP), Christoph Gut (SP), Gabriele Kisker
(Grüne), Markus Knauss (Grüne), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Dr. Daniel Regli
(SVP), Florian Utz (SP) i. V. von Beatrice Reimann (SP), Christine Seidler (SP), Heinz F.
Steger (FDP), Dr. Richard Wolff (AL)

Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 115 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Die Bauordnung wird wie folgt ergänzt:

Der Gemeinderat erlässt, gestützt auf Art. 41 lit. I der Gemeindeordnung, folgende Verordnung:

Art. 22a Schulhaus Blumenfeld

¹ Unter Vorbehalt von Abs. 2 gelten die Bestimmungen der Oe3F gemäss Art. 24a.

² Innerhalb eines Bereichs von 50 m ab der Achse des nördlichsten SBB-Gleises hat die Bauherrschaft durch ein Gutachten die Notwendigkeit und den Umfang von Schutzmassnahmen zu prüfen, um sicherzustellen, dass das Personenrisiko im Sinne der Störfallverordnung (StFV; SR 814.012) hinreichend klein ist. Notwendige Schutzmassnahmen sind der kantonalen Fachstelle für Belange der Störfallvorsorge vor Erteilung der Baubewilligung zur Genehmigung vorzulegen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 23. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 22. Dezember 2011)

**1978. 2011/327
Weisung vom 14.09.2011:
Zusatzkredite II. Serie 2011**

Antrag des Stadtrats

A. Für das Jahr 2011 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite II. Serie bewilligt:

1. Zusatzkredite		Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.	Zusammen Fr.
10	Behörden und Gesamtverwaltung	1 951 700	–	1 951 700
15	Präsidialdepartement	1 035 000	1 500 000	2 535 000
20	Finanzdepartement	331 100	–	331 100
25	Polizeidepartement	139 000	–	139 000
30	Gesundheits- und Umweltdepartement	1 328 200	–	1 328 200
35	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	140 000	5 665 900	5 805 900
40	Hochbaudepartement	282 400	–	282 400
45	Departement der Industriellen Betriebe	1 700 000	2 500 000	4 200 000
50	Schul- und Sportdepartement	112 800	–	112 800
55	Sozialdepartement	21 832 600	30 000	21 862 600
	Total Verwaltungsrechnung	28 852 800	9 695 900	38 548 700

2. Kreditübertragungen		Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.	Zusammen Fr.
10	Behörden und Gesamtverwaltung	–	–	–
		–0	–0	–0
15	Präsidialdepartement	170 000	–	170 000
		–170 000	–0	–170 000
20	Finanzdepartement	7 400	–	7 400
		–7 400	–0	–7 400
25	Polizeidepartement	900 500	–	900 500
		–900 500	–0	–900 500

30	Gesundheits- und Umweltdepartement	34 298 200	–	34 298 200
		–34 298 200	–0	–34 298 200
35	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	–	–	–
		–0	–0	–0
40	Hochbaudepartement	407 000	–	407 000
		–407 000	–0	–407 000
45	Departement der Industriellen Betriebe	602 000	–	602 000
		–602 000	–0	–602 000
50	Schul- und Sportdepartement	2 690 000	–	2 690 000
		–2 690 000	–0	–2 690 000
55	Sozialdepartement	27 000	–	27 000
		–27 000	–0	–27 000
	Total Verwaltungsrechnung	39 102 100	–	39 102 100
		–39 102 100	–0	–39 102 100

B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Fr.	Fr.	Fr.
a) in der Laufenden Rechnung			
- den Zusatzkrediten von	28 852 800		
- den Kreditübertragungen von	39 102 100	67 954 900	
auf anderen Konten gegenüberstehen:			
- verursachte Minderaufwendungen aus den Kreditübertragungen von	39 102 100		
- durch Minderaufwendungen/Mehrerträge aus den Zusatzkrediten von	6 942 300	46 044 400	
sodass sich Netto-Mehraufwendungen ergeben von			21 910 500
b) in der Investitionsrechnung			
- den Zusatzkrediten von	9 695 900		
- den Kreditübertragungen von	–	9 695 900	
auf anderen Konten gegenüberstehen:			
- verursachte Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	–		
- durch Minderausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	–	–	
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von			9 695 900
und somit die gesamtstädtische Rechnung insgesamt belastet wird mit netto			31 606 400

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Der Stadtrat beantragt mit den Zusatzkrediten II. Serie 2011 insgesamt 31,6 Mio. Franken zusätzliche Mittel. Die RPK hat die verschiedenen Anträge geprüft und zahlreiche Rückfragen an die Verwaltung gestellt, welche innert nützlicher Frist beantwortet wurden. Es liegen Anträge für die Kürzung von rund 7,6 Mio. Franken vor. Die Mehrheit der RPK beantragt Ihnen, der Weisung zuzustimmen.

Roger Liebi (SVP): Es ist auf die Weisung einzutreten.

Die RPK beantragt, die Zusatzkredite II. Serie 2011 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK) zu genehmigen:

1.1 Dringliche Zusatzkredite

Antrag 1)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Für die Suche nach dem Ersatz des Stadtschreibers wird ein Zusatzkredit von nicht weniger als 65 000 Franken beantragt. Für Insertionskosten werden weitere 18 657 Franken beantragt, und dieser Betrag verrät, dass das Geld bereits ausgegeben wurde. Dass noch drei Assessments in der Höhe von je 10 800 Franken nötig waren, ist das Tüpfchen auf dem i. Die Stadt Zürich verfügt über ein jährliches Budget in der Höhe von 6,5 Mio. Franken für Personalwerbung. Es kann nicht sein, dass am 16. November noch zusätzliche 65 000 Franken nötig sind. Die RPK-Minderheit beantragt Ihnen Ablehnung des Kredits.

Rebekka Wyler (SP): Die Kosten für die Personalwerbung sind in der Tat relativ hoch. Die RPK wird sich diesem Thema annehmen. Die Regelung der Nachfolge des zurückgetretenen Stadtschreibers ist ein klassischer Fall für einen Zusatzkredit, da der Rücktritt zum Zeitpunkt der Budgetierung 2011 noch nicht bekannt war. Die Besetzung dieser wichtigen Stelle ist nicht ganz einfach. Die Begründung dieses Zusatzkredits hat die Mehrheit der RPK überzeugt. Wir bitten Sie, dem Antrag des Stadtrats zu folgen.

S. 2	10 1020 3092 0000	Behörden und Gesamtverwaltung Stadtkanzlei Personalwerbung		
1)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	65 000	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP), Referentin Minderheit
	Verbesserung	65 000		
	Begründung	Es braucht keine zusätzliche Personalwerbung		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 2)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die Stadt Zürich benötigt neue Bauingenieursleute für die verschiedensten Projekte des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements (TED) zur Umsetzung des grün-ideologischen Umbaus der Stadt Zürich. Von diesen Megaprojekten wird das TED nun eingeholt. Der Zusatzkredit wird vor allem mit etlichen Kündigungen, die das TED zu verzeichnen hatte, begründet. Die Stadt Zürich hat ein grosses Budget für Personalwerbung; wir sehen nicht ein, weshalb zusätzliche Gelder nötig sein sollten, und lehnen den Zusatzkredit ab.

Christine Seidler (SP): Die von Roger Liebi (SVP) erwähnte personelle Fluktuation ist der Grund für den Zusatzkredit. Um die wichtigen Projekte umsetzen zu können, musste

die Personalsuche vorangetrieben werden. Auf dem Arbeitsmarkt sind kompetente Bauingenieursleute derzeit schwer zu finden. Die Mehrheit der Kommission kann die Begründung des Stadtrats nachvollziehen und bittet Sie deshalb, dem Antrag des Stadtrats zu folgen.

Weitere Wortmeldungen:

Christoph Spiess (SD): Wir Schweizer Demokraten schliessen uns dem Ablehnungsantrag an. Mit zunehmender Verärgerung beobachten wir die zahlreichen und wenig sinnvollen Tiefbauaktivitäten der Stadt. Wir sind klar der Meinung, dass der Autoverkehr zu begrenzen ist. Hierfür müsste aber an der Bevölkerungsdichte angesetzt werden – weniger Leute verursachen weniger Verkehr. Bauliche Massnahmen hingegen vermögen den Strassenverkehr kaum einzudämmen. Die Knappheit an Bauingenieursleuten ist in unserem Sinn, weil sie bedeutet, dass weniger gebaut werden kann. Deshalb stimmen wir dem Ablehnungsantrag zu.

S. 2	35 3515 3092 0000	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Tiefbauamt Personalwerbung		
2)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	140 000	Mehrheit	Christine Seidler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Referent
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	140 000		
	Begründung	Es braucht keine zusätzliche Personalwerbung		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 25 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 3)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Im Budget 2011 sind die sozialen Einrichtungen und Betriebe davon ausgegangen, dass pro Monat durchschnittlich 453 Plätze im Teillohn belegt werden. Neu wird jetzt aber die monatliche Auslastung von 520 Plätzen erwartet. Die Vollkosten für die zusätzlichen 67 Plätze pro Monat betragen 1,9 Mio. Franken. Das Zusatzkreditbegehren wird aber nur für gut die Hälfte der tatsächlich notwendigen Vollkosten gestellt. Dem beantragten Zusatzkredit sollen nur 1,4 Mio. Franken Mehrerträge entgegenstehen. Zum eigentlichen Zusatzkredit kommen demnach noch Mindererträge oder nicht weiter verrechenbare Vollkosten in der Höhe von 0,5 Mio. Franken hinzu. Die RPK-Minderheit lehnt die zusätzlich beantragten Ausgaben und nicht weiter verrechenbaren Vollkosten für «Samthandschuh-Projekte» zugunsten von arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern ab und bittet um Unterstützung des Antrags.

Dr. Urs Egger (FDP): Die Planbarkeit des Einsatzprogramms ist nicht immer einfach. Dies kann dazu führen, dass irgendwann im Verlauf des Jahres mehr Mittel eingesetzt werden müssen. Die Mehrheit der RPK unterstützt den Antrag des Stadtrats.

S. 3	55 5560 3011 0000 3030 0000	Sozialdepartement Soziale Einrichtungen und Betriebe Löhne der Teilnehmenden an Einsatzprogrammen Sozialversicherungsbeiträge		
3)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	850 000 55 000	Mehrheit	Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP), Referentin Minderheit
	Verbesserung	905 000		
	Begründung	Keine Aufstockung nötig		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

1.2 Dringliche Kreditübertragungen

Keine Anträge

2.1 Ordentliche Zusatzkredite

Antrag 4)

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Die RPK-Minderheit 1 lehnt Abfindungen nicht grundsätzlich ab. Was sie aber generell ablehnt, sind Abfindungen für Austritte im gegenseitigen Einvernehmen. Diese haben nichts mit unverschuldeten Entlassungen zu tun. Trotzdem sind auf dem stadtträtlichen Ausgabenzettel auch dieses Jahr wieder unzählige Austritte im gegenseitigen Einvernehmen mit stolzen Beträgen aufgeführt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht mehr zu gebrauchen sind, sollen offenbar vergoldet werden. Auch sechsstellige Abfindungen für fristlos aufgelöste Arbeitsverhältnisse dürfen nicht sein. Die SVP lehnt das Zusatzkreditbegehren ab und fordert den Stadtrat mit aller Deutlichkeit auf, die Probleme in diesem Bereich endlich zu lösen.

Samuel Dubno (GLP): Die Minderheit 2 beantragt eine Verbesserung des Zusatzkredits um 365 000 Franken. Ein Austritt im gegenseitigen Einvernehmen kann als Euphemismus für eine Kündigung angesehen werden. Wir anerkennen die gesetzlichen Grundlagen, die solche Abfindungen verlangen, haben aber den Eindruck, dass die Gelder für Austritte im gegenseitigen Einvernehmen teilweise zu locker ausbezahlt werden. Deshalb bitten wir um Unterstützung unseres Antrags.

Rebekka Wyler (SP): Gemäss Personalrecht haben wir einen expliziten Rechtsanspruch auf diese Abfindungen. Gemäss Art. 30 des Personalrechts liegt die Zuständigkeit für diese Regelungen beim Stadtrat; wir verlassen uns darauf, dass er von seinen Möglichkeiten umsichtig Gebrauch macht. Die Mehrheit der RPK lehnt beide Minderheitsanträge ab und bittet Sie, dem Stadtrat zu folgen.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): *Es ist erstaunlich, dass sich ausgerechnet die SP für Abfindungen stark macht, wo sie doch Abfindungen in der Privatwirtschaft jeweils ablehnt.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: *Die Abfindungen für unverschuldete Entlassungen basieren auf dem Personalrecht, das vom Gemeinderat verabschiedet wurde. Im Gegensatz zu Abfindungen, die andernorts ausbezahlt werden, sind sie tief. Eine Abfindung kann auch das Ergebnis einer Verhandlung sein, die ein gewisses Prozessrisiko beinhaltet. Würden die Abfindungen gestrichen, tauchten die Beträge einfach unter einem anderen Titel wieder auf, nämlich als Prozessentschädigungen. Ich bitte Sie, dem Zusatzkredit zuzustimmen.*

S. 4	10 1060 3010 0850	Behörden und Gesamtverwaltung Gesamtverwaltung Abfindungen für unverschuldete Entlassungen		
4)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	711 900	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu Verbesserung 1	0	Minderheit 1	Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP), Referentin Minderheit 1
	Begründung 1	Es braucht keine Abfindungen		
	Neu Verbesserung 2	346 900 365 000	Minderheit 2	Samuel Dubno (GLP), Referent
	Begründung 2	Keine Abfindungen für Trennungen im gegenseitigen Einvernehmen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit (711 900) 81 Stimmen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 Stimmen zu, womit die Quoren der gleichgeordneten Anträge und der Ausgabenbremse (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht sind.

Antrag 5)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): *Die beantragte Million Franken für die Ausrichtung von einmaligen Vergütungen oder sogenannten Prämien wurde vom Gemeinderat im Rahmen der Budgetbehandlung 2011 gestrichen. Die RPK-Minderheit versteht zwar das Bedürfnis der Dienstabteilungen, «Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die besonders gute Leistungen erbracht oder zusätzlich ausserordentliche Stellvertretungen oder Arbeitspensen übernommen haben, mit einer Prämie die entsprechende Wertschätzung zu zeigen.» Kein Verständnis haben wir aber für das Zurückkommen auf einen erst vor ein paar Monaten gefällten Gemeinderatsbeschluss und dafür, dass die Bemühungen um eine ausgeglichene Rechnung zunichte gemacht werden sollen. Die RPK-Minderheit beantragt die Ablehnung des Sammelkredits.*

Rebekka Wyler (SP): Das Bedürfnis, besonders gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer Prämie zu belohnen, besteht. Ziel des Zusatzkredits ist es, Angestellte, die eine sehr gute Beurteilung – aber aufgrund der Sparmassnahmen keine individuelle Lohnmassnahme – erhalten haben, berücksichtigen zu können. Auf gute Leistungen der städtischen Angestellten sind wir alle angewiesen, die Mehrheit der RPK unterstützt deshalb den vorgeschlagenen Zusatzkredit.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Dubno (GLP): Die Forderung nach Prämien ist verständlich. Dieser Zusatzkredit durchlöchert aber den Sparauftrag des Stadtrats.

Walter Angst (AL): Sinnvoller als die abstufenden Geld- und Naturalprämien wären sicher Realloohnerhöhungen oder Stufenanstiege. Wenn der Stadtrat aber schon zusätzliches Geld zur Verfügung stellen will, ist es sinnvoll, Rahmenbedingungen zu setzen. Unser Postulat fordert den Stadtrat auf, zu prüfen, ob die Million gezielt denjenigen zugesprochen werden kann, die im letzten Jahr nicht bedacht wurden, insbesondere den Spitalangestellten. Wir stimmen dem beantragten Zusatzkredit zu und empfehlen Ihnen im Anschluss daran das Postulat im Sinne einer vernünftigen und ausgewogenen Personalpolitik zur Annahme.

Roger Liebi (SVP): Das Postulat von Walter Angst (AL) zeigt bereits ein Problem dieses Zusatzkredits auf: Es stellt sich jetzt schon die Frage, wem die Prämien ausbezahlt werden sollen. Die ausgabefreudige Haltung der FDP in dieser Sache ist für mich nicht nachvollziehbar. Ich hoffe, dass wenigstens die bürgerlichen FDP-Mitglieder zusammen mit der GLP unserem Kürzungsantrag zustimmen werden.

Dr. Urs Egger (FDP): Die FDP strebt weiterhin klar ein ausgeglichenes Budget an. Wie die vorangegangenen Diskussionen aber gezeigt haben, ist es für die Stadt nicht einfach, gut qualifizierte Leute zu finden und auch zu behalten. Der Versuch, die guten Leute zu behalten, kommt weniger teuer zu stehen als die Suche nach neuen städtischen Angestellten. Deshalb unterstützt die FDP den Antrag des Stadtrats.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: Die Stadt Zürich hat Schwierigkeiten, genügend gut qualifizierte Leute zu finden, und zwar auf allen Stufen. Kann die Leistung des Personals nicht angemessen gewürdigt werden, ist es auch schwierig, die Leute zu behalten. Es ist wichtig, hin und wieder ein kleines Zeichen der Anerkennung zu setzen. Ich bitte Sie um Zustimmung zum Zusatzkredit. Der Stadtrat wird das Postulat von Walter Angst (AL) entgegennehmen.

Roger Liebi (SVP): Würde der Stadtrat entgegenkommen und Mitarbeitende, wie in der Privatwirtschaft, bei nicht Erreichen der Resultate nach zwei Monaten ohne Abfindung wieder entlassen, wäre das in Ordnung. Da vorher aber das Personalrecht starr verteidigt wurde, kann ich dem Vorschlag nicht zustimmen.

S. 4	10 1060 3010 0858 3010 0859	Behörden und Gesamtverwaltung Gesamtverwaltung Sammelkredit für die Anpassung der Löhne im Zusammenhang mit den Lohnmassnahmen nach Städtischem Lohnsystem (SLS) Sammelkredit für die Anpassung der Sozialleistungen im Zusammenhang mit den Lohnmassnahmen nach Städtischem Lohnsystem (SLS)		
5)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 000 000 162 800	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP), Referentin Minderheit
	Verbesserung	1 162 800		
	Begründung	Aufgrund der Einsparungen im Budget 2011 sind Anpassungen unnötig und unbegründet		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 35 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 6)

- 6)** 2011/410 ** Postulat von Walter Angst (AL) vom 02.11.2011:
Zuweisung der budgetierten, nicht ausgeschöpften Gelder für Prämien an die Mitarbeitenden der Dienstabteilungen des GUD und des TED

Vergleiche Beschluss-Nr. 1979/2011.

Antrag 7)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Samuel Dubno (GLP): Der Stadtrat möchte einen Verein, bestehend aus der Stadt Zürich und dem Migros-Genossenschafts-Bund, namens «Züri Kultur» alimentieren, der während einer dreijährigen Pilotphase eine Website zur Darstellung des städtischen Kulturangebots betreibt. Begründet wird das Vorhaben damit, dass ein solches Angebot heute fehle. Die Mehrheit der Kommission anerkennt die Kulturförderung als eine städtische Aufgabe, beantragt Ihnen aber trotzdem die Streichung dieses Zusatzkredits, nämlich aus folgenden Gründen: 1. Im Gegensatz zur Kulturförderung ist die Kulturvermittlung nach Meinung der RPK-Mehrheit nicht zu den städtischen Aufgaben zu zählen. 2. Der Stadtrat argumentiert, es fehle ein vollständiger Überblick, und es bestehe hierfür ein Bedürfnis. Er weist aber selber darauf hin, dass bereits vielfältige öffentliche und private Kulturinformationsangebote in Print- und Onlineform für den Standort Zürich existieren. Diese Angebote mögen zwar nicht alle vollständig sein; zur Information reichen sie aber allemal aus. Zudem haben die Betreiber dieser Angebote Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Stadt signalisiert. Mit einem eigenen Angebot würde die Stadt den privaten Anbietern das Wasser abgraben. 3. Der RPK-Mehrheit erscheinen die Kosten für den Betrieb einer solchen Website sehr hoch. 4. Am Schluss der Pilotphase würde wahrscheinlich um Verlängerung des Pilotversuchs ersucht werden. Zusammenfassend kann

festgehalten werden, dass die RPK-Mehrheit die vorgeschlagene Website bzw. die Finanzierung des Vereins «Züri Kultur» in dieser Form für unnötig hält. Wir bitten um Unterstützung des Mehrheitsantrags.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Das heutige Angebot ist inhaltlich unvollständig und formal unattraktiv. Redaktionelle Beiträge, die in die Tiefe gehen, fehlen. Das heutige Angebot ist demnach nicht vergleichbar mit dem von der Stadt beabsichtigten Angebot. Eine Website für drei Jahre erscheint uns sinnvoll. Die Migros hat bereits viel Vorarbeit geleistet, von der das Projekt profitieren könnte. Die Kulturplattform soll zu Gunsten ihrer Besucherinnen und Besucher grundsätzlich werbefrei sein. Das Angebot richtet sich sowohl an Besucherinnen und Besucher als auch an die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich. Die Kulturplattform würde das Kulturleitbild optimal ergänzen. Die RPK-Minderheit beantragt Ihnen, dem Zusatzkredit zuzustimmen.

Weitere Wortmeldungen:

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Die SP ist klar der Meinung, dass die bestehenden Kulturplattformen unseren Ansprüchen nicht gerecht werden. Es fehlen Portraits aller Kulturhäuser und Veranstaltungsorte pro Kultursparte. Ein Überblick über das Kulturangebot fehlt gerade auch im Bereich Kinderkultur. Kultur für Kinder und Jugendliche könnte über die Plattform gefunden und vermittelt werden. Ebenfalls nicht gegeben ist eine Übersicht über Probe- und Veranstaltungsräume in der Stadt Zürich. Das Geld ist für eine dreijährige Pilotphase vorgesehen. Da eine Reserve aufgelöst wird, ist das Geld bereits budgetiert und vorhanden und kann einem sinnvollen Zweck zugewiesen werden. Mit diesem finanziellen Anschlag können wir testen, ob das Angebot durchsetzungsfähig ist. Um im internationalen Standortwettbewerb mit anderen Städten, die sich als Kulturstandorte positionieren, bestehen zu können, ist Zürich dringend auf eine attraktive, professionelle und zukunftsgerichtete Kulturplattform angewiesen. Es wäre sehr schade, wenn der Zusatzkredit wegen der Ausgabenbremse nicht bewilligt würde. Ich bitte um Zustimmung zum Minderheitsantrag.

Walter Angst (AL): Grundsätzlich kann ich das, was Andrea Nüssli-Danuser (SP) gesagt hat, unterstützen. Aus Sicht der AL handelt es sich aber um einen Taschenspielertrick: Die Auflösung der WOV-Reserve ist nicht budgetiert, der Betrag geht verloren. Es gibt gute Gründe dafür, dass Kulturinstitutionen einen Teil ihrer Kommunikationsaufwendungen in den Verein stecken. Wenn wir heute zustimmen, haben wir in drei Jahren eine wiederkehrende Weisung in der Höhe von rund einer halben Million Franken. Wenn wir aber einen anderen Weg wählen, kann das Projekt realisiert werden. Sponsoren für dieses gute Projekt lassen sich bestimmt finden.

Roger Liebi (SVP): Ganz werbefrei wäre die Website nicht, denn das Migros-Kulturprozent ist Werbung für die Migros. In diesem Sinn muss der Minderheitsantrag abgelehnt werden.

Michael Schmid (FDP): Wir haben die formell-budgetrechtliche und die materiell-inhaltliche Seite des Projekts intensiv diskutiert. Aus budgetrechtlicher Sicht ist das Geschäft abzulehnen, die Debatte müsste nämlich unter dem ordentlichen Budget geführt werden. Materiell-inhaltlich gesehen haben wir aber Sympathien für das Projekt. Die privaten Lösungen sind ungenügend. Die Argumente gegen das Projekt vermögen uns nicht zu überzeugen. Wir möchten das Projekt unvoreingenommen prüfen können. Die FDP-Fraktion wird sich der Stimme enthalten. Sollte das Quorum nicht erreicht werden, ist der Stadtrat eingeladen, das Projekt ordentlich zu budgetieren.

Christoph Spiess (SD): Über das breite Kulturangebot der Stadt Zürich sind Unmengen

an Informationen verfügbar. Wer nach Zürich kommt, sucht meist etwas Bestimmtes und findet die entsprechenden Informationen. Eine vollständige Kulturplattform ist übrigens illusionär; Nischenangebote werden immer fehlen. Das Projekt wird uns nicht mehr in Ruhe lassen, sobald wir es bewilligen und mit einer vermeintlich einmaligen Subvention ausstatten. Wir wären nicht grundsätzlich gegen ein solches Projekt, sind aber der Meinung, dass es uns auf dem üblichen Weg, in Form einer begründeten Weisung, vorgelegt werden müsste und nicht in Form eines nachträglichen Kredits. Deshalb stimmen wir mit der Mehrheit.

Mark Richli (SP): *Wer in fremde Städte reist, ist froh um eine Gesamtübersicht über das kulturelle Angebot. Der Zusatzkredit wurde zugegebenermassen sehr ungeschickt kommuniziert und begründet. Die erwähnten privaten Angebote sind absolut unbrauchbar. Ich bitte Sie um Zustimmung zum Zusatzkredit.*

Jean-Claude Virchaux (CVP): *Eine professionelle Vermittlung des Kulturangebots liegt klar im Interesse der Stadt. Es stimmt zwar, dass die Auflösung der WOV-Reserve und die Kommunikation nicht sehr geschickt sind. Auch sind wir uns bewusst, dass es ungefähr im Jahr 2014 eine Weisung zur Weiterführung der beiden Stellen geben wird. Dies alles lohnt sich aber für eine gute und professionelle Vermittlung des Kulturangebots der Stadt Zürich. Die CVP unterstützt den Zusatzkredit.*

Bernhard Piller (Grüne): *Das Projekt ist umfassend und seriös und darum unterstützungswürdig. Kann die Website von der Stadt Zürich und der Migros realisiert werden, wird sie werbefrei sein. Private Anbieter haben bisher bewiesen, dass sie nicht in der Lage sind, ein umfassendes Angebot auf die Beine zu stellen. Die privaten Plattformen sind einseitig ausgerichtet und nicht neutral. Die vorgeschlagene Lösung ist sehr kostengünstig, da wichtige Grundlagen (vor allem IT) vonseiten der Migros bereits vorhanden sind und von der Stadt mitgenutzt werden können. Das Projekt wäre für die Stadt Zürich sehr sinnvoll und werbewirksam.*

Roger Liebi (SVP): *Ich stosse mich an der Kehrtwende der FDP und vor allem daran, dass die Mitglieder der RPK nicht kurzfristig informiert wurden. Die Folgekosten des Projekts sprechen klar gegen den Zusatzkredit.*

Samuel Dubno (GLP): *Die Migros hat ein Interesse daran, die Plattform mit der Stadt Zürich zu teilen und verhält sich insofern nicht altruistisch. Der Argumentation, wonach kommerzielle Angebote abzulehnen seien, kann nicht beigepflichtet werden. Auch ist davon abzuraten, Kultur als Marketinginstrument einer Stadt zu verwenden.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Eine klare Mehrheit des Gemeinderats unterstützt die Plattform inhaltlich. Die Bedenken richten sich hauptsächlich gegen das Vorgehen im Rahmen der Zusatzkredite. Die Förderung der Vermittlungstätigkeit im Kulturbereich gehört klar zum Auftrag der Kulturförderung der öffentlichen Hand. Im Printbereich wurden bereits mehrere Versuche zur Schaffung einer Übersicht über das Kulturangebot unternommen, die jeweils an den Kosten scheiterten. In anderen Städten, wie z. B. Amsterdam, Barcelona, Berlin, Bern, Frankfurt, Luzern, Stuttgart, Wien, Winterthur usw. sind solche Angebote heute selbstverständlich. Zwei Drittel des finanziellen Aufwands würde in die redaktionelle Arbeit fliessen, weil die Qualität der Plattform nicht ohne sorgfältige Redaktion gewährleistet werden könnte. Die Gelegenheit, die Plattform zusammen mit der Migros aufzubauen, ist einmalig und führt dazu, dass wir für die technische Infrastruktur lediglich 200 000 Franken einsetzen müssten. Ich bitte Sie, dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen.*

S. 5	15 1501 3652 0000	Präsidialdepartement Kultur Kulturförderungsbeiträge		
7)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	975 000	Minderheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Urs Schmid (FDP)
			Abwesend	Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	975 000		
	Begründung	Verein soll nicht von der Stadt unterstützt werden, private Lösung genügt		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 61 gegen 42 Stimmen zu. Der Antrag des Stadtrats scheidet jedoch am Quorum der Ausgabenbremse (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder). Damit wird der Zusatzkredit nicht bewilligt.

Die Debatte zu den Zusatzkrediten II. Serie 2011 wird in der 90. Sitzung fortgesetzt.

1979. 2011/410

Postulat von Walter Angst (AL) vom 02.11.2011:

Zuweisung der budgetierten, nicht ausgeschöpften Gelder für Prämien an die Mitarbeitenden der Dienstabteilungen des GUD und des TED

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Liebi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag: *Wir sehen nicht ein, wieso eine Personalgruppe der städtischen Verwaltung begünstigt werden sollte. Deshalb können wir dem Postulat nicht zustimmen.*

Weitere Wortmeldungen:

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Wir Grünen stimmen dem Postulat zu. Es ist an der Zeit, endlich ein positives Zeichen an die Angestellten der beiden Stadtspitäler auszusenden. Ihnen wollte der Gemeinderat nämlich keine Lohnnachzahlung gewähren, obwohl sie mit ihrer Klage gegen die diskriminierenden Löhne vor Bundesgericht Recht bekommen haben. Das Thema Überzeit ist nur einer von vielen Gründen, weshalb dem Personal in den beiden Stadtspitälern Sorge getragen werden muss. Die nächste grosse Herausforderung für diese Angestellten, nämlich die neue Spitalfinanzierung und die Fallpauschale, steht schon vor der Tür: Die Angestellten müssen konkret umsetzen, was ihnen von oben vorgegeben wurde. Dafür braucht es motivierte und gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die allerdings schwer zu finden sind. Aus diesen Gründen ist es mehr als angebracht, sich in Form einer einmaligen Prämie erkenntlich zu zeigen.*

Samuel Dubno (GLP): *Wir unterstützen das Postulat der AL. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pflegeheime und Spitäler sind im letzten Jahr deutlich zu kurz gekommen verglichen mit den Angestellten anderer Departemente und Dienstabteilungen. Die Annahme des Postulats durch den Stadtrat ist verständlich, da es ihn davon entbindet,*

zu entscheiden, wer die Prämien erhalten soll.

Jean-Claude Virchaux (CVP): Die Chance auf eine Prämie sollte für alle Angestellten bestehen. Letztes Jahr hat der Stadtrat eine Priorisierung vorgenommen, was beweist, dass er dazu durchaus selber in der Lage ist. Die Qualifikation des Personals in den einzelnen Dienststellen sollten wir dem Stadtrat überlassen. Die CVP lehnt das Postulat ab.

Rebekka Wyler (SP): Die SP unterstützt das Postulat aus den von Karin Rykart Sutter (Grüne) dargelegten Gründen. Die Qualität der Arbeit der Angestellten im Gesundheitswesen ist unbestritten, und die Prämien sollen ihnen ausbezahlt werden.

Dr. Urs Egger (FDP): Die FDP lehnt das Postulat ab. Wenn wir dem Stadtrat schon einen Spielraum gewähren, soll dieser sich nicht auf einzelne Dienstabteilungen beschränken.

Walter Angst (AL) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1926/2011): Es geht nicht darum, den Stadtrat in seiner Handlungsfähigkeit einzuschränken. Das Postulat soll vielmehr ein Wink sein an die Dienstchefs, die finden, sie müssten den Gürtel ihrer Angestellten noch ein bisschen enger schnallen.

Das Postulat wird mit 73 gegen 47 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung siehe Sitzung Nr. 90, Protokoll-Nr. 1978/2011).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1980. 2011/428

Postulat von Martin Bürlimann (SVP) und Ruggero Tomezzoli (SVP) vom 16.11.2011:

Ergänzung der Abstimmungszeitung mit den Empfehlungen der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen

Von Martin Bürlimann (SVP) und Ruggero Tomezzoli (SVP) ist am 16. November 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Empfehlungen in den Abstimmungszeitungen zu den Sachvorlagen mit den Empfehlungen der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen ergänzt werden können.

Begründung:

Die Abstimmungszeitungen erläutern die Vorlagen. Die Vorlagen werden in einem Kästchen «Das Wichtigste in Kürze» vorgestellt. Dieser Vorstellung folgt die Empfehlung des Stadtrates und des Gemeinderates jeweils in einem Satz. Eine Vorlage wird beispielsweise mit dem Satz: «Stadtrat und Gemeinderat empfehlen Annahme der Vorlage», gefolgt vom Satz: «Der Gemeinderat stimmte mit 68:48 Stimmen zu». Hier wäre die Information für Wählerinnen und Wähler sehr hilfreich, welche Parteien zugestimmt und abgelehnt haben. Das reine Zahlenverhältnis hat kaum Aussagekraft. Der Stadtrat als Exekutive tritt als Einheit auf, der

Gemeinderat nicht. Die Ergänzung, welche Parteien eine Vorlage befürworten, ablehnen oder Enthaltung empfehlen, wäre eine gute Information zur Meinungsbildung der Wählerinnen und Wähler.

Mitteilung an den Stadtrat

1981. 2011/429

**Postulat von Rebekka Wyler (SP) vom 16.11.2011:
Massnahmen zur Verhinderung von Velodiebstählen**

Von Rebekka Wyler (SP) ist am 16. November 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich Massnahmen gegen die grosse Zahl von Velodiebstählen ergreifen kann: Diebstähle sind möglichst zu verhindern, das Wiederauffinden gestohlener Velos ist zu erleichtern. Dabei ist die Stadtpolizei aktiv miteinzubeziehen.

Begründung:

In der Stadt Zürich hat der Velodiebstahl ein untragbares Ausmass angenommen: Jedes Jahr werden Tausende von Velos gestohlen. Doch die Chancen, ein Velo zurückzubekommen, sind minimal. Wenn das Velofahren – nicht zuletzt mit Blick auf das Ziel einer 2000-Watt-Gesellschaft – attraktiv bleiben und noch attraktiver werden soll, muss sich dies ändern.

Was die Verhinderung von Diebstählen angeht, ist eine signifikante Ausweitung der Veloparkplätze mit Befestigungsmöglichkeiten notwendig. Die Stadtpolizei hat die Aufgabe, die heute niedrige Aufklärungsrate von Velodiebstählen massiv zu steigern. Ebenso sind Aktionen zur "Velosicherung" – beispielsweise der verbilligte Verkauf guter Veloschlösser – denkbar.

Was das Wiederauffinden gestohlener Velos angeht, sind Angebote wie die Registrationsplattform velofinder.ch zu unterstützen. Auch Ideen wie Veloregister oder das Versehen von Velos mit Chips (analog zum Chip für Hunde) sind zu prüfen. Dies hat auf freiwilliger Basis zu geschehen; dem Datenschutz ist dabei erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Die Polizei muss sich vermehrt um herumliegende und nicht abgeschlossene Velos kümmern, insbesondere wenn diese sich über längere Zeit am gleichen Ort befinden. Die Meldung solcher Velos und ein sorgfältiger Abgleich mit den als gestohlen gemeldeten Velos könnte die Aufklärungsrate von Velodiebstählen massiv erhöhen.

Mitteilung an den Stadtrat

1982. 2011/430

**Postulat der SP-Fraktion vom 16.11.2011:
Einführung von benutzungsfreundlichen erweiterten Öffnungs- und Ansprechzeiten für Amtsstellen mit intensivem Kontakt zu Bevölkerung und Gewerbe**

Von der SP-Fraktion ist am 16. November 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie darauf hingewirkt werden kann, dass Amtsstellen mit besonders intensivem Kontakt zu Bevölkerung und Gewerbe wenn möglich an mindestens einem Tag pro Woche benutzungsfreundliche erweiterte Öffnungs- und Ansprechzeiten gewährleisten. Diese sollen es der Bevölkerung ermöglichen, ausserhalb der üblichen Arbeitszeit die Dienstleistungen der entsprechenden Stellen in Anspruch zu nehmen. Die ausgeweiteten Öffnungszeiten sind in Absprache mit den Personalverbänden arbeitnehmerfreundlich auszugestalten und den Quartierverhältnissen anzupassen.

Begründung:

Zahlreiche Amtsstellen der Stadt Zürich zeichnen sich durch einen besonders intensiven Kontakt zu Bevölkerung und Gewerbe aus. Dazu gehören beispielsweise das Bevölkerungsamt, die Kreisbüros und Betriebsämter, das Amt für Baubewilligungen, das Büro für Veranstaltungen, das Kommissariat Polizeibewilligungen oder die Informations- und Koordinationsstelle für KMU-Anliegen. Im Rahmen einer bevölkerungsnahen Verwaltung sollten die Dienstleistungen dieser Ämter noch vermehrt benutzerInnenfreundlich ausgestaltet werden. Hierzu gehören mit oberster Priorität Öffnungs- und Ansprechzeiten, die es Betrieben und Bevölkerung ermöglichen, an mindestens einem Wochentag ausserhalb der üblichen Arbeitszeiten (z.B. in den frühen Abendstunden) die Dienstleistungen der entsprechenden Stellen in Anspruch zu nehmen. Bei der Umsetzung dieses Anliegens ist jeweils zu prüfen, ob die Öffnungszeiten nicht generell verlängert, son-

dern nur verschoben werden können. Gleichzeitig dürfen diese ausgeweiteten Öffnungszeiten nicht auf Kosten der Arbeitsbedingungen des Personals gehen.

Mitteilung an den Stadtrat

1983. 2011/426

Interpellation von Albert Leiser (FDP) und Roger Tognella (FDP) vom 11.11.2011: Gas- und Fernwärmeversorgung der Stadt Zürich, Versorgungskonzepte und Massnahmen

Von Albert Leiser (FDP) und Roger Tognella (FDP) ist am 11. November 2011 folgende Interpellation eingereicht worden:

Da ein Grossteil von Zürich-Nord sowohl mit Erdgas- wie mit Fernwärmeleitungen erschlossen ist, hat der Stadtrat von Zürich bereits 1992 beschlossen, dass aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr gleichzeitig zwei parallele Leitungsnetze zu betreiben sind, sondern dass im Fernwärmegebiet Zürich-Nord längerfristig nur noch Wärme von ERZ Entsorgung + Recycling Zürich als leitungsgebundener Energieträger zum Einsatz kommen soll.

Aus diesem Grund werden die Erdgas-Leitungen bis 1. Juli 2015 in Schwamendingen, bis 1. Juli 2016 in Seebach, bis 1. Juli 2017 in Oerlikon, bis 1. Juli 2018 in Unteraffoltern und bis 1. Juli 2019 in Unterstrass stillgelegt.

Insgesamt werden rund 500 Liegenschaften von der Erdgasleitung abgehängt. Von diesen Liegenschaften können indes nur 150 wirtschaftlich an die Fernwärme angeschlossen werden. Zusätzlich erhalten rund 50 Liegenschaften, die knapp unter der Wirtschaftlichkeitsgrenze liegen, Anschluss.

Rund 300 Liegenschaften werden allerdings über kurz oder lang von Erdgasnetz abgehängt, ohne dass eine Alternative angeboten wird. Die Eigentümer und Mieter dieser Liegenschaften werden bezüglich Heizung aber auch Kochen buchstäblich im Regen stehen gelassen.

Der Stadtrat wird in diesem Zusammenhang gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Was unternimmt ERZ, um die bald vom Erdgasnetz abgehängten und - auch unter gelockerten Wirtschaftlichkeitsanforderungen - nicht ans Fernwärmenetz angehängte Liegenschaften zu unterstützen? Welche Massnahmen sind schon vorgesehen bzw. werden noch geprüft?
2. In welchem Umfang werden in absehbarer Zeit auch in anderen Fernwärmegebieten in der Stadt bei einem Rückzug der Erdgasversorgung ähnliche Problemfälle resultieren, für die keine sinnvolle Versorgungsalternative gefunden werden kann? Welche Konzepte, Prozesse und Massnahmen sind hierfür geplant?
3. Wieso können nicht Gelder aus den an die Stadt Zürich rückverteilten Mitteln der CO₂-Abgabe dafür verwendet werden, um Härtefälle abzufedern?

Mitteilung an den Stadtrat

Die drei Postulate und die Interpellation werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

1984. 2011/431

Dringliche Schriftliche Anfrage von Mauro Tuena (SVP), Kurt Hüsey (SVP) und 30 Mitunterzeichnenden vom 16.11.2011: «Occupy Bewegung», Räumung des Lindenhofs durch die Stadtpolizei

Von Mauro Tuena (SVP), Kurt Hüsey (SVP) und 30 Mitunterzeichnenden ist am 16. November 2011 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am Dienstag, 15. November 2011, um ca. 9.00 Uhr wurde der seit mehreren Wochen durch sogenannte Occupy-Aktivisten illegal besetzte Lindenhof polizeilich geräumt. Trotz einem letzten polizeilichen Ultimatum an die Besetzer, den Lindenhof in der Nacht vom Sonntag 13. November 2011 auf Montag 14. November

2011 um Mitternacht zu verlassen, verharteten die Besetzer weiter. Mitarbeitende des Polizeicorps mussten unter grossem körperlichem Einsatz unzählige Aktivisten wortwörtlich wegtragen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Besetzer waren beim Eintreffen der Polizei auf dem Lindenhof?
2. Wie viele Personen wurden polizeilich kontrolliert? Welches Geschlecht haben diese, wie alt sind sie, welche Nationalitäten haben sie und wo sind diese gemeldet (Melderegister)?
3. Wie viele Personen wurden polizeilich für welche Delikte verzeigt?
4. Wurde der Lindenhof von den Besetzern so zurückgelassen wie er vor der Besetzung war? Wenn nein, welche Arbeiten mussten von welchen Dienstabteilungen der Stadt Zürich für die Instandstellung / Säuberung des Lindenhofs ausgeführt werden. Was kosteten diese Arbeiten und wer kommt für diese Kosten auf?
5. Welche Kosten werden den Verursachenden in Rechnung gestellt (Abräumungsgebühren, Aufbewahrungsgebühren, administrative Gebühren)?
6. Wie wird sich der Stadtrat bei künftigen illegalen Aktionen dieser Art verhalten?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

1985. 2009/579

Motion der Grüne-Fraktion vom 02.12.2009:

Kommunaler Verkehrsplan, Revision bis zum Zeitpunkt der Eröffnung der Durchmesserlinie zur Reduktion von Parkplätzen

Markus Knauss (Grüne) zieht das Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

Nächste Sitzung: 16. November 2011, 20:30 Uhr.